

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
162 · Ausgabe AG · Mai 2016

SP

TRUMPF BUUR

Einstimmig und mit minutenlangem Applaus hat der Parteitag vom 5. April 2016 Urs Hofmann zum dritten Mal als unseren Kandidaten für die Regierungswahlen nominiert. Dass das nicht einfach eine inszenierte Politshow ist, zeigen die Dutzenden Delegierten, die extra für diese Nomination nach Aarau gereist sind. Urs Hofmann ist unser Trumpf Buur im politischen Spiel und eine starke Stimme im Regierungsrat für soziale Gerechtigkeit und Weitsicht. Es braucht einiges, um souverän wie Urs im politischen Gegenwind zu stehen, wie das bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen der Fall ist. Sicher, auch er kann die zunehmend ideologische Mauer von rechts nicht allein durchbrechen. Aber in den letzten vier Jahren hat er bewiesen, wie man mit exzellent vorbereiteten Vorlagen, mit Hartnäckigkeit und politischem Gespür dennoch Dinge bewegen kann. Der neue Finanz- und Lastenausgleich ist ein solches Beispiel. Alle Seiten anerkennen die hervorragende Arbeit von Urs Hofmann und seinem Departement. Die Vorlage bringt den Aargau vorwärts. Das ist es, wofür die SP und Urs Hofmann bei diesen Wahlen stehen müssen: klare Ziele und standhafte Positionen. Denn einen sozialen, offenen, modernen und ökologischen Aargau gibt es nur mit uns!



Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Aargau.

Gemeindекörper und Gemeindefinanzen im Aargau

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



Zur kommunalpolitischen Tagung vom 12. März 2016 im Aarauer Grossratsgebäude zum Thema «Auswirkungen des Finanz- und Lastenausgleichs auf Gemeinden und neue Chancen durch Regionalisierung» erschienen über 30 sozialdemokratische Exekutiv- und Legislativpolitiker_innen. Sie waren interessiert an Informationen über Gemeindefusionen und über das Gesetz über die Neuverteilung der Aufgaben und Finanzen zwischen den Gemeinden. Die Tagung begann mit einem Blumenstraus, der Urs Hofmann von der eigens angereisten Neuenhofer CVP-Gemeindepräsidentin Susanne Voser zum Dank «für das gute Gesetz» überreicht wurde. Am 1. März hatte der Grosse Rat dieses mit grosser Mehrheit (ohne die Stimmen der SVP) beschlossen,

anfangs April aber ergriffen fünf Ammänner von kleinen Kommunen das Referendum dagegen. Die Frist läuft noch bis im Juni.

Dieses Referendum wird von der Gemeindeammännerversammlung nicht unterstützt. Seit Urs Hofmann das Dossier hält, werden Rechtsänderungen gut eingefädelt und finden entsprechend meistens Zustimmung – wenn die Vernunft über die Ideologie siegt. Das neue Gesetz besticht durch mehr Transparenz beim Finanzausgleich und die Berücksichtigung der besonderen Belastung von «Gemeinden mit einem hohen Anteil an Kindern im Volksschulalter und/oder einem hohen Anteil an Sozialhilfe beziehenden Personen und/oder einem hohen Anteil an Nicht-Siedlungsfläche» (siehe Urs Hofmann in links.ag 161, Seite 13).

Urs Hofmann und der Leiter der Fachstelle für Aufgaben- und Lastenverteilung Jürg Feigenwinter stellten die Zielsetzungen und Details des neuen Finanz- und Lastenausgleichs dar. Daniel Kübler, Professor für Demokratieforschung und Public Gover-

nance am Aarauer Zentrum für Demokratie, beleuchtete die demokratiepolitischen Aspekte bei Gemeindefusionen, der Regionalisierung und Deregionalisierung in der politischen Landschaft. Markus Leimbacher, ehemals Villiger Gemeindeamann und SP-Grossrat, hat seit dem Jahr 2000 Erfahrung als Projektleiter von Gemeindefusionen. Er legte die Grundlagen und die Mechanik von Gemeindefusionen dar. Die Aarauer SP-Stadtpräsidentin Jolanda Urech beschrieb die Erfahrungen der Kantonshauptstadt mit der 2007 abgeschlossenen Fusion von Aarau und Rohr und berichtete über den Stand der Entwicklung beim neuen regionalen Projekt «Zukunftsraum Aarau», mit dem mehrere Gemeinden der Region Aarau enger miteinander verbunden werden sollen.

Die Folien zu den Referaten mit einer Menge an Daten und Vorgehensvorschlägen können unter www.sp-aargau.ch/index.php?id=1#2 heruntergeladen werden.

KOMMENTAR



Swatch oder Rolex?

Wenn wir eine Swatch für 50 Franken oder eine Rolex für 8000 Franken kaufen, bezahlen wir darauf 8 Prozent Mehrwertsteuer – 4 Franken beim Kauf der Swatch, 640 Franken beim Kauf der Rolex. Die Mehrwertsteuer ist mit über einem Drittel die wichtigste Einnahmequelle für den Bund.

Die meisten Kantone kennen ebenfalls indirekte Steuern. So auch der Aargau. Seit über 100 Jahren erhebt er eine Steuer auf grundbuchlichen Vorgängen. Diese unterliegen der Mehrwertsteuer nicht. Bei normalen Handänderungen beträgt der Steuersatz heute 4 Promille des Kaufpreises, also 20 Mal weniger als die Mehrwertsteuer. Der Aargau gehört damit zu den günstigsten Kantonen.

Die Mehrheit des Grossen Rats hat entgegen dem Antrag des Regierungsrats beschlossen, diese Steuer abzuschaffen, ab 2018 zur Hälfte, ab 2020 ganz. Bezahlt werden müssten dann nur noch Gebühren, die den effektiven Aufwand der Grundbuchämter decken. Für den Kanton würde dies zu weniger Einnahmen von rund 16,5 Millionen Franken ab 2018 und 33 Millionen Franken ab 2020 führen. Dies in Jahren, in welchen sich Defizite von über 150 Millionen beziehungsweise über 200 Millionen pro Jahr abzeichnen. Die Konsequenzen sind klar: Entweder werden die ordentlichen Steuern erhöht, oder der Spardruck bei Bildung, Gesundheit, Sicherheit und anderem wird mit Vorbedacht noch zusätzlich verschärft. Das ist unverständlich. Der Regierungsrat lehnt deshalb diese Vorlage ab und empfiehlt am 5. Juni ein NEIN.

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat.

*Die Fachhochschule Nordwestschweiz teilte am 19. April 2016 mit, die Zahl der Studierenden habe ein Mass erreicht, das finanziell zu stark ins Gewicht schlage. Man wolle die Studierendenzahl deshalb «konsolidieren».

Eine Frechheit gegenüber den Aargauerinnen und Aargauern

AM KOMMENDEN 5. JUNI STIMMEN WIR ÜBER DIE ABSCHAFFUNG DES STEUERANTEILS AN DEN GRUNDBUCHABGABEN AB. FÜR DIE EINTRAGUNG EINES GRUNDSTÜCKS BEI EINEM VERKAUF SOLL KÜNFTIG UNABHÄNGIG VOM VERKAUFSPREIS EINE KOSTENDECKENDE GEBÜHR ERHOBEN WERDEN. EIN UNGERECHTERES STEUERGESCHENK AN EINIGE WENIGE KÖNNTE MAN NICHT ERFINDEN.



Dieter Egli von Windisch ist Copräsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Der Aargau hat in den letzten 10 Jahren die Steuern vor allem für Gutverdienende und die Wirtschaft massiv gesenkt. Jetzt fehlt ihm Geld, und eine Abbaurunde jagt die andere. Bildung und Sicherheit werden zusammengestrichen, der Sozialstaat heruntergefahren. Jetzt blutet die ganze Bevölkerung für die Steuergeschenke, die man einigen wenigen gemacht hat.

Der Grosse Rat freilich ist davon völlig unbeeindruckt. Und dass diese zerstörerische Steuerpolitik beabsichtigt ist, zeigt der neuste Coup der bürgerlichen Mehrheit – der einmal mehr die traditionelle Steuersolidarität angreift: Dass nämlich mehr bezahlt, wer sich mehr leisten kann, in diesem Fall eben ein grösseres Grundstück.

Heute bezahlt man für die Eintragung eines Grundstücks im Wert von 500 000 Franken im Grundbuch 2000 Franken. Wer sich Grundeigentum leistet, wird diese 2000 Franken wohl aufbringen können. Zudem kommen nur wenige von uns überhaupt je dazu, ein Grundstück zu kaufen. Ein Blick über den Kanton hinaus zeigt auch, dass der Aargau bei den Grundbuchabgaben schon jetzt ein Dumping-Kanton ist. Die Abgabe für das Beispiel ist nur in drei Kantonen billiger. Alle anderen erheben teilweise massiv mehr. Diese Steuer tut also sicher niemandem sehr weh. Und ihre Abschaffung nützt nur der Immobilienbranche, die täglich mit Grundstücken handelt. Was die Abschaffung aber bringt, ist ein Loch von weiteren 33 Millionen Franken in der Staatskasse. Die Folgen sind klar: Es werden noch mehr Abbaumassnahmen nötig, und die gehen langsam ans Eingemachte. Wir werden bald nicht mehr über die Qualität unserer Bildung sprechen,

sondern darum, ob wir überhaupt noch Bildung anbieten wollen ...*

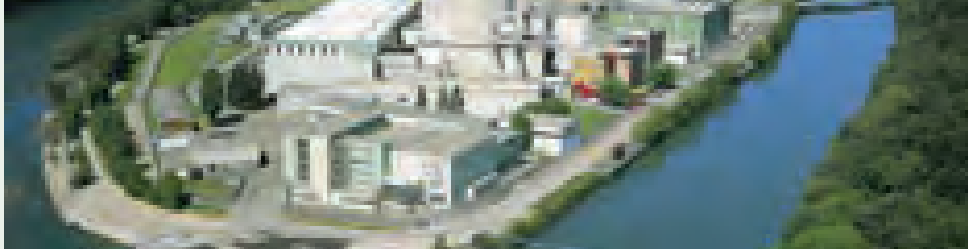
Wenn die Bürgerlichen von der Entlastung des Mittelstands und von erhöhter Standortattraktivität sprechen, dann ist dies blanker Hohn. Denn die Abbaumassnahmen machen den Aargau nicht nur weniger lebenswert, sondern auch weniger attraktiv für die Wirtschaft.

Diese Vorlage ist eine Frechheit gegenüber den Aargauerinnen und Aargauern: Auf der einen Seite wird gepredigt, den Gürtel enger zu schnallen, und auf der anderen Seite betreibt man knallharte Klientelpolitik. Dabei geht es letztlich nur um ein Ziel: Die Steuersolidarität soll abgeschafft und der Kanton totgespart werden – damit die Reichen hemmungslos reicher werden können!

Dank dem Referendum der SP haben wir es in der Hand, den verantwortungslosen Lauf der Bürgerlichen mindestens in einem Punkt zu bremsen, auch wenn wir damit die Finanzperspektiven des Kantons noch nicht weniger düster machen können. Geben wir auf die Wahlen hin das Signal, dass es auch noch einen anderen, einen solidarischen Aargau gibt!



Die Kostenwahrheit bei der Atomkraft



NACH FÜNF JAHRZEHNEN SORGENFREIEM KASSIEREN STELLT DIE ATOMLOBBY FEST, DASS IHR GESCHÄFTSMODELL SO NICHT MEHR FUNKTIONIERT. DIE AKW FAHREN VERLUSTE EIN. EIN AN DIE ÖFFENTLICHKEIT GERATENES STRATEGIEPAPIER ZEIGT EIN PLANSPIEL AUF: DIE VERLUSTE SOLLEN AUF DEN STAAT ABGEWÄLTZT UND SOMIT VOM GUTGLÄUBIGEN VOLK ÜBERNOMMEN WERDEN.



Der Energiepolitiker Max Chopard-Acklin von Nussbaumen-Obersiggenthal war von 2009 bis 2015 SP-Nationalrat.

Das im Frühling ans Licht gekommene brisante Strategiepapier aus dem Umfeld eines schweizerischen Stromkonzerns bestätigt es: Die viel erzählte Geschichte vom billigen Atomstrom ist ein Märchen. Tatsache ist: Der Atomstrom ist teuer, Atomkraftwerke bringen hohe Betriebsrisiken mit sich und die Nutzung der Atomenergie hinterlässt kommenden Generationen für Jahrtausende eine milliardenteure Altlast in Form von Atommüll. «Schweizer AKW produzieren nicht mehr rentabel» titelte die NZZ schon am 13. Dezember 2014. Unsere AKW fahren täglich Verluste ein. Die Atomstromkosten liegen schon länger über den Marktpreisen. Dazu kommen steigende Kosten für den Unterhalt alternder AKW und die noch offene Rechnung für die Stilllegung und Entsorgung dieser Altlasten. Es ist damit zu rechnen, dass die dafür vorgesehenen Fonds deutlich unterdotiert sind. Das alles ist eigentlich nicht neu, aber mittlerweile nicht mehr zu verweideln.

Je länger, desto teurer

Während in der Politik einige immer noch die Augen vor den Realitäten verschliessen und aus ideologischen Gründen krampfhaft versuchen, den angezeigten Atomausstieg zu verhindern, ist die Branche selbst mit den ökonomischen Realitäten konfrontiert. Suzanne Thoma, Chefin des Stromkonzerns BKW, liess sich in der Presse öffentlich zi-

tieren: «Wir machen jetzt vorwärts mit der Stilllegung von Mühleberg. Jede Zeitverzögerung kostet uns Geld.» Das AKW Mühleberg geht Ende 2019 vom Netz. Ein ökonomischer Entscheid. Zwar legen die Betreiber der AKW Beznau 1+2 bis heute keine Betriebszahlen offen, doch Branchenkenner sind sich sicher: Auch Beznau kann nicht mehr rentabel sein. Die Unterhaltskosten steigen und Beznau 1 steht wegen Revisionen und technischen Problemen bereits über ein Jahr still. Das Beste wäre wohl, Beznau 1, mit 47 Jahren das älteste AKW der Welt, aus sicherheitstechnischen und ökonomischen Gründen gar nicht mehr in Betrieb zu nehmen. Doch warum zögert die Expo? Ist es die Angst vor einem Gesichtverlust? Kann man nicht zugeben, dass man mit dem Zukunftsglauben an die

«Die Branche selbst ist mit den ökonomischen Realitäten konfrontiert.»

Atomkraft falsch lag? Dass man die Potenziale der erneuerbaren Energien unterschätzte? Dass man die Auswirkungen neuer energieeffizienterer Geräte und Maschinen nicht kommen sah? Dass man auf die veränderten Rahmenbedingungen auf dem Strommarkt nicht vorbereitet war? Das es Überkapazitäten gibt? Hat man das alles nicht kommen sehen? Oder wollte man es einfach nicht sehen und reibt sich nun die Augen? Die fetten Jahre sind vorbei. Je länger der Atomausstieg dauert, desto teurer wird es. Am Schluss bezahlen wohl wir alle das Milliardenloch dieser verfehlten Atompolitik: entweder mit höheren Stromrechnungen oder via Steuern.

KOMMENTAR



1000 Mahnwachen vor dem Ensi

Seit der Fukushima-Katastrophe im März 2011 treffen sich immer Montag bis Donnerstag Anti-AKW-Aktivist_innen vor dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat Ensi in Brugg. Die Mahnwache mit ihren «ATOMKRAFT? – NEIN DANKE»-Fahnen ermahnt das Ensi: Es soll die Bevölkerung vor nuklearen Gefahren schützen und darum das AKW Beznau sofort still legen. Beznau 1 ist das älteste noch laufende AKW der Welt. Ausgelegt für eine Betriebsdauer von 30, ist es seit 47 Jahren am Netz, und das Risiko steigt laufend. So hat man den Eindruck, das Ensi schütze nicht die Bevölkerung, sondern die AKW-Betreiber und deren Portemonnaie. Wie ernst das Ensi seine Aufsichtspflicht nimmt, zeigte sich auch, als unzulässige Bohrlöcher im Containment beim AKW Leibstadt erst nach sechs Jahren entdeckt wurden. Und wie wird das Risiko eines Flugzeugabsturzes definiert? Für den Nachweis massgeblich ist der militärische oder zivile Flugzeugtyp zum Zeitpunkt der Baubewilligung – 1965 flog die Swissair noch mit Caravelles und Coronados. So kann Beznau noch heute bei Flugzeugabstürzen als sicher erklärt werden.

Am 10. März 2016 fand die 1000. Mahnwache mit prominenten Redner_innen statt. Wir freuen uns, wenn du dich auch einmal zu uns gesellen magst. Unsere Standhaftigkeit ist wichtig, wir stehen ein für unsere Umwelt. Im Herbst stimmen wir über die Atomausstiegsinitiative ab und können uns damit für einen geordneten Ausstieg aus dieser gefährlichen und veralteten Technologie und für mehr Sicherheit für die Bevölkerung entscheiden. Wir protestieren weiter für diesen Ausstieg!

Andy Vogt von Baden ist Mitglied der SP Baden und mahnt regelmässig vor dem Ensi.

Mahnwache: Montag bis Donnerstag, 17 bis 18 Uhr
Kontaktperson: Heini Glauser, 056 442 08 30
easi@pop.agri.ch.

Warum ein JA zur Initiative «Kinder&Eltern»?

ALLE KINDER BRAUCHEN IN IHREN ERSTEN LEBENSJAHREN EIN UMFELD, DAS SIE ZUM SPRACHERWERB, ZUM PHANTASIEREN UND ZUM DENKEN ANREGT. FEHLT DIES, ERLEIDEN SIE EIN HANDICAP, DAS IN ALLER REGEL NICHT MEHR AUSZUGLEICHEN IST. BETREUUNGSSTRUKTUREN SIND DER IDEALE RAHMEN AUCH FÜR FREMDSPRACHIGE KINDER, RASCH DIE LANDESSPRACHE ZU ERLERNEN. DENN OHNE KENNTNIS DER LANDESSPRACHE GIBT ES WEDER EINEN SCHULISCHEN NOCH EINEN GESELLSCHAFTLICHEN ERFOLG.

Der Erfolg frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Bildung ist stark davon abhängig, ab wann, wie lange und insbesondere in welcher pädagogischen Qualität sie angeboten werden. Wir sind den Kindern verpflichtet, ihr Wohl und ihre Entwicklung an erster Stelle zu setzen. Wo Tagesstrukturen fehlen, ist eine zunehmende Zahl von Kindern und Jugendlichen heute tagsüber mangelhaft oder gar nicht betreut und eine gesunde Ernährung daher nicht gewährleistet. Die Folgen von Fehlernährung sind unter anderen Konzentrationsschwierigkeiten, allergische Reaktionen oder Hyperaktivität. Dies sind ungünstige Lernvoraussetzungen.

Betreuungsstrukturen erlauben es auch Müttern und Vätern, trotz



Kathrin Scholl von Lenzburg ist SP-Grossrätin und stellvertretende Geschäftsführerin des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands alv.

Familienpflichten ihre berufliche Ausbildung anzuwenden. So rechnen sich die Ausbildungskosten, und der Wirtschaft stehen mehr Fachkräfte zur Verfügung. Betreuungsstrukturen lohnen sich für die öffentliche Hand. Denn dank Betreuungsstrukturen erzielen die Eltern ein höheres Einkommen und bezahlen mehr Steuern. Die Sozialausgaben der Gemeinden verringern sich, wenn Eltern dank Betreuungsstrukturen ihr tiefes Einkommen erhöhen können.

Im Gegensatz zum Gegenvorschlag garantiert die Initiative, dass die Betreuung in hoher Qualität sicherstellt ist und dass alle Eltern sich die Betreuung ihrer Kinder leisten können. Es ist daher unabdingbar, dass die Elternbeiträge ver-

träglich abgestuft sind und in allen Gemeinden vergleichbare Tarife bestehen. Der positive Einfluss auf die Entwicklung der Kinder entsteht nur, wenn die Betreuerinnen und Betreuer entsprechend ausgebildet sind und ein pädagogisches Konzept besteht. Damit die Qualität gewährleistet ist, braucht es die unabhängige Oberaufsicht durch den Kanton. Wichtig ist, dass der Bedarf nach Betreuungsstrukturen in allen Gemeinden nach gleichen Richtlinien erhoben wird und somit alle gleichwertige Chancen auf Unterstützung erhalten.

Warum zwei Mal JA?

IM MAI 2009 WURDE DAS BILDUNGSKLEEBLATT ABGELEHNT, DAS TEILPROJEKT «FAMILIENERGÄNZENDE TAGESSTRUKTUREN» MIT DEM KLEINSTEN NEIN-ANTEIL VON 52,1 PROZENT. DER POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE DRUCK ABER BLIEB, SODASS DER NEU GEWÄHLTE REGIERUNGSRAT ANSTELLE DES BILDUNGSDEPARTEMENTS DAS DEPARTEMENT GESUNDHEIT UND SOZIALES BEAUFTRAGTE, DIESES GESCHÄFT IM RAHMEN DES SOZIALHILFE- UND PRÄVENTIONSGESETZES UMZUSETZEN.

Ein jahrelanges Tauziehen begann, und die Vorlage wurde – nachdem FDP und CVP diese immer wieder verwässerten (die SVP lehnte sowie so kategorisch alles ab) – mehrere Male vom Grossen Rat an den Regierungsrat zurückgewiesen. Nach einem langen Leidensweg hat sich am 15. Januar 2016, mit dem Stichentscheid von Grossratspräsident Marco Hardmeier, das Parlament endlich zu einem Gesetz durchgerungen, sodass es am 5. Juni zur Abstimmung zweier Vorlagen kommt: der alv-Initiative «Kinder&Eltern» und des regierungsrätlichen Gegenvorschlags.

Die SP empfiehlt – gemeinsam mit über 20 Organisationen und Parteien – BEIDE Vorlagen zu un-



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau.

terstützen, ein doppeltes JA einzuwerfen und die alv-Initiative zu bevorzugen. Der Parteitag vom 5. April hat unsere Empfehlung einstimmig bestätigt.

Warum ein doppeltes JA?

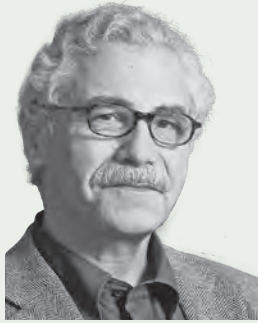
Der Gegenvorschlag ist zwar nur ein schlankes Rahmengesetz; dieses ist aber besser als die heutige Situation und ermöglicht uns, im parlamentarischen Prozess weitere Verbesserungen einzufordern. Es ist also mehr als nichts. Inhaltlich aber setzen wir uns für die alv-Initiative ein, die im Gegensatz zur regierungsrätlichen Vorlage zusätzlich die Qualität der Angebote überprüft haben will, zu einer verträglich abgestuften Tarifstruktur verpflichtet

und die Bedarfserhebung regelt. Die SP fordert seit Jahren gemeindeeigene Kinderbetreuungsangebote, da es ein dringendes Bedürfnis für alle Eltern ist, die Familie und Beruf unter einen Hut bringen wollen und müssen. Der Bedarf an Betreuungsplätzen ist vorhanden und der Nutzen unbestritten. Zusätzlich ist eine frühkindliche Betreuung garantiert, was zu mehr Chancengerechtigkeit mit gesellschaftlicher Integration und schulischem Erfolg führt.

Mit einem doppelten Ja setzen wir am 5. Juni ein klares Zeichen für einen familienfreundlicheren Kanton, und wir verhindern, dass der Aargau in Sachen «externe Kinderbetreuung» auf dem letzten Platz aller Kantone landet.

Gegen die soziale Misere

GEWERKSCHAFTEN UND SOZIALDEMOKRATIE STANDEN SEIT ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS FÜR DIE ALTERSVERSICHERUNG EIN. NACH 60 JAHREN WURDE DARAUS DIE AHV. HEUTE GEHT ES DARUM, NICHT NUR DAS ALTER, SONDERN DAS GANZE LEBEN SOZIAL ABZUSICHERN.



Oswald Sigg von Bern, seit 1973 SP-Mitglied, ist Mitinitiant der Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen». Er war zuletzt von 2005 bis zu seiner Pensionierung 2009 Vizekanzler und Bundesratssprecher.

Bis jetzt haben wir alle gearbeitet, damit wir leben und überleben. Aber nicht erst heute gibt es immer weniger Lohnarbeit. In Europa zählt man offiziell über 30 Millionen Arbeitslose, Tendenz steigend. Der betriebswirtschaftliche Effizienzsteigerungswahn – eine Epidemie, die längst Unternehmen und Verwaltungen in ganz Europa befallen hat – produziert an den Arbeitsplätzen immer mehr Krankheiten. In der Schweiz vielleicht noch weniger. Aber allein in Deutschland wird für 2009 der sogenannte Wertschöpfungsausfall wegen Krankheit am Arbeitsplatz auf 225 Milliarden Euro angegeben. Auch hier: Tendenz steigend.

Und damit zum Sozialstaat. Was tun unsere Sozialpolitiker_innen in dieser Situation? Wir haben keine Sozialpolitik mehr, die diesen Namen verdient. Wir schauen nur darauf, was uns die Sozialfälle kosten. Zu viel jedenfalls. Wenn wir es wie die Bürgerlichen – allen voran die SVP – machen, so bezeichnen wir einfach alle Randständigen, Sozialhilfeabhängigen, IV-Rentner_innen und Arbeitslosen und natürlich alle Flüchtlinge als Schmarotzer und Parasiten. Mehr noch: Wenn man ihnen misstraut und sie verachtet, wenn Sozialhilfebezügler_innen per Gesetz mit Kriminellen gleichgestellt werden, wie das sogar der Bundesrat vorschlägt* –, dann erzielt man tatsächlich einen Spareffekt in der Sozialpolitik, der einschlägt.

Die Hälfte aller Einwohner_innen, die sich in einer akuten Notlage befinden und gemäss Bundes- und allen kantonalen Verfassungen ein Recht auf öffentliche Sozialhilfe haben – das sind geschätzte gut 200 000 Menschen –, gehen schon gar nicht an den Schalter des Sozialdienstes ihrer Gemeinde. Aus purer Scham. Wie sie ohne öffentliche Hilfe leben, das interessiert niemanden, die Politik schon

gar nicht. Hauptsache: Wir alle bezahlen nur die Hälfte.

Mit einer Rente für alle wird das Grundeinkommen als Sozialwerk dafür sorgen, dass sich niemand mehr für die soziale Unterstützung schämen muss. Weil es solidarisch finanziert wird. Dazu eignet sich unsere Finanzwirtschaft am besten. Sie generiert einen jährlichen Zahlungsverkehr von gegen 180 000 Milliarden Franken, was in etwa 300 Mal dem BIP** entspricht. Dieses täglich in zig Milliarden verschobene Geld soll mit einer Automatischen Mikrosteuer auf dem Gesamtzahlungsverkehr von 2 Promille besteuert werden. Das wäre dann die Solidarität: für das Sozialwerk Grundeinkommen holen wir das Geld dort, wo das Kapital arbeitet.

Und was hat dies alles mit der SP zu tun? Am 5. Juni geht es weder um die Höhe noch um die Finanzierung des Grundeinkommens. Es geht nur darum, der sozial- und wirtschaftspolitischen Misere des Kapitalismus wenigstens eine gerechtere Einkommensverteilung und damit eine humanistische Antwort entgegenzuhalten.

«Es geht darum, der sozial- und wirtschaftspolitischen Misere des Kapitalismus eine gerechtere Einkommensverteilung entgegenzuhalten.»

*«Der Bundesrat passt ausserdem die Praxis an bei bestehenden Vorstrafen und Sozialhilfeabhängigkeit.» (Medienmitteilung des Bundesrates vom 19. August 2015 zur Verordnung zum neuen Bürgerrechtsgesetz) Der vorgeschlagene Art. 7 Abs. 3 der VO lautet: «Wer in den drei Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung oder während des Einbürgerungsverfahrens Sozialhilfe bezieht, erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung.»

**Bruttoinlandsprodukt: alle in der Schweiz in einem Jahr produzierten Güter und Dienstleistungen

KOMMENTAR



Nichts ist bedingungslos!

Die Diskussionen um das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) sind wichtig, weil dieses die Fragen nach guter Arbeit, gerechter Verteilung des Reichtums und einer demokratischen Wirtschaftsordnung aufwirft. Wir unterstützen die fortschrittlichen Ideen hinter dem BGE: kein Zwang mehr zu prekärer Arbeit, dafür sinnvolle und befriedigende Tätigkeiten.

Die Diskussionen sind aber auch nötig, weil es in der konkreten Welt keine Bedingungslosigkeiten gibt. Die BGE-Initiative stellt grundsätzliche gesellschaftliche Fragen, ohne den real existierenden Kapitalismus und die patriarchalen Strukturen in Frage zu stellen. Die Initiative ist so offen formuliert, besonders bezüglich der Höhe des Grundeinkommens, dass sich unter den Befürworter_innen neben fortschrittlichen Kräften auch zahlreiche Neoliberale finden, so der Hamburger Wirtschaftsprofessor Straubhaar, der von einem total flexiblen Arbeitsmarkt mit viel tieferen Löhnen dank BGE träumt.

Unter den heutigen realen Kräfteverhältnissen droht die grosse Gefahr, dass das BGE zu Lohnabbau führt und dass die heutigen Sozialversicherungen abgebaut werden. Das BGE entpuppt sich als Herdprämie und zementiert die Diskriminierung der Frauen. Das BGE kann sich sogar zu einer eigentlichen Ablassprämie für die «Überflüssigen» entwickeln.

Die Folge: Spaltung der Gesellschaft in Erwerbsarbeit Leistende und nach dem Lustprinzip Tätige. Da bleibt der gewerkschaftliche und politische Kampf für Vollbeschäftigung bei radikaler Arbeitszeitverkürzung, für gute, sinnstiftende Arbeit, gerechte Löhne und für eine solidarische Absicherung bei allen Arten von Erwerbsausfall ein lohnenderes und zukunftsweisenderes Ziel.

Kurt Emmenegger von Baden ist Präsident Aargauerischer Gewerkschaftsbund und SP-Grossrat.

KOMMENTAR



Zurück an den Absender

Aus guten Gründen hat die Bevölkerung im letzten Jahr das Totalverbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) aufgehoben. Die Verfassungsänderung ermöglichte es, das Fortpflanzungsmedizingesetz anzupassen und in bestimmten Situationen die genetische Untersuchung an Embryonen zuzulassen, bevor diese im Rahmen einer künstlichen Befruchtung in die Gebärmutter eingesetzt werden. Wichtig ist dies für Paare, die Träger von schweren, ja oft tödlich verlaufenden Erbkrankheiten sind und verständlicherweise das Risiko minimieren wollen, ihren Kindern diese Last weiter zu vererben. Eine restriktive Zulassung der PID für bestimmten Zielgruppen, die in besonderem Masse darauf angewiesen sind, war denn exakt die ursprüngliche Absicht des Bundesrates.

Doch das Parlament hatte dafür wenig Gehör: Es beschloss eine weitgehende Liberalisierung – zu weit für einen ethisch derart heiklen Bereich. Denn mit dem neuen Gesetz wäre es nun möglich, ausserhalb des Mutterleibes erzeugte Embryonen ganz generell auf alle möglichen Gen-Defekte hin zu untersuchen und eine entsprechende Auswahl zu treffen. Ich habe Verständnis für die Ängste, die ein solches Gesetz bei Angehörigen von Menschen mit Behinderung weckt: Verstärkt sich der Druck dadurch nicht noch stärker, möglichst «leistungsfähige» Kinder und nur gesunde Kinder zur Welt zu bringen? Die Gesellschaft darf nie über die Lebenswertigkeit eines Menschen bestimmen. Darum empfehle ich, am 5. Juni ein «Nein» in die Urne zu legen und das Parlament zu beauftragen, bei der Zulassung der PID zurückhaltender zu sein.

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist Aargauer SP-Ständerätin und Präsidentin von Inclusion Handicap, Dachorganisation der Behindertenorganisationen.

GL und Parteitag zum Fortpflanzungsmedizingesetz



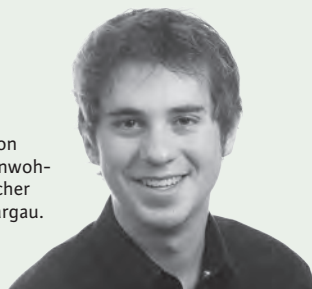
Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aarau, Einwohnerrätin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Die Referendumsabstimmung zum Fortpflanzungsmedizingesetz steht in direktem Zusammenhang mit dem Verfassungsartikel zur Präimplantationsdiagnostik, der im Juni 2015 deutlich angenommen wurde. 18 Organisationen haben aber das Referendum gegen das vom Parlament beschlossene Umsetzungsgesetz ergriffen. Ihrer Ansicht nach begünstigt das Gesetz eugenische Tendenzen, da es erlaubt, dass die ausserhalb des Mutterleibes erzeugten Embryonen mit allen zur Verfügung stehenden Gentests im Reagenzglas untersucht und selektioniert werden können.

Geht das Gesetz zu weit oder ist es eine massvolle Anpassung der restriktiven Fortpflanzungsmedizingesetzgebung der Schweiz, wie die Befürworter_innen argumentieren? Die Geschäftsleitung der SP Aargau ist der Meinung, dass dies keine parteipolitische Frage ist. Es geht vielmehr um einen persönlichen Entscheid, den jeder Mensch gemäss seiner eigenen ethischen Überzeugung fällen muss. Die GL empfahl dem Parteitag vom 5. April 2016 deshalb Stimmfreigabe. Eine Minderheit von 28 Delegierten folgte dieser Empfehlung. 44 Delegierte sprachen sich für die Ja-Parole aus.

Der Parteitag folgte damit dem Antrag der Gynäkologin und Grossrätin Anna Andermatt. Diese argumentierte, dass es die pränatale Diagnostik bereits heute erlaube, Embryonen im Mutterleib auf Gendefekte zu untersuchen (und dann eventuell abzutreiben). Es sei aus medizinischer und ethischer Sicht verträglicher, die Embryonen bereits vor ihrer Einpflanzung in den Mutterleib genetisch zu untersuchen.

Ja zur Asylgesetzreform



Sascha Antenen von Zofingen ist SP-Einwohnerat und politischer Sekretär der SP Aargau.

Dass es im Kanton Aargau in der Asylpolitik nicht nur Negativbeispiele gibt, zeigt meine Heimatstadt Zofingen. Gut 140 Flüchtlinge leben hier im Asylzentrum. Eine Begleitgruppe aus Freiwilligen bietet den Flüchtlingen regelmässig Aktivitäten an und erleichtert ihnen so das Leben in Zofingen. Probleme gibt es keine. Mit der neuen Asylgesetzreform sollen die Asylsuchenden mit einem fairen und schnelleren Prozess rascher Gewissheit über ihre Zukunft erhalten. Innerhalb von 140 Tagen wissen Asylsuchende, über deren Gesuch schnell entschieden werden kann, ob sie in der Schweiz bleiben dürfen. Sie werden

neu in einem Bundesasylzentrum untergebracht. Dies betrifft etwa 60 Prozent aller Asylsuchenden. Die restlichen 40 Prozent, bei denen genauere Abklärungen nötig sind, werden wie bisher auf die Kantone verteilt. Neu dürfen sie in dieser Zeit arbeiten.

So verkürzen sich automatisch auch die Beschwerdefristen. Damit das Verfahren rechtsstaatlich korrekt abläuft, wird der Rechtsschutz der Asylsuchenden ausgebaut. Sie erhalten neu eine kostenlose Rechtsberatung und Vertretung. Auch Gemeinden und Kantone profitieren von den schnelleren Verfahren.

Diese Vorlage führt nicht sofort zu einer menschwürdigen Asylpolitik, wie wir sie fordern. Die Beschwerdefristen wurden verkürzt und die Rechtshilfe wird von Privaten gestellt. Trotzdem handelt es sich um einen guten Kompromiss. Bei einem Nein müssen wir mit einer extrem schlechteren Vorlage ohne kostenlose Rechtshilfe rechnen. Aus diesem Grund ist ein JA am 5. Juni zur Asylgesetzreform die richtige Entscheidung.

Wer guten Service public will, lehnt diese Initiative ab

DIE INITIATIVE DER KONSUMENTENZEITSCHRIFTEN «K-TIPP», «SALDO», «BON À SAVOIR» UND «SPENDERE MEGLIO» KLINGT VERFÜHRERISCH. DIE SO GENANNT PRO SERVICE PUBLIC-INITIATIVE FORDERT, DASS SICH BUNDESBETRIEBE WIE POST, SBB ODER SWISSCOM KÜNFTIG STÄRKER AUF IHRE LEISTUNGEN KONZENTRIEREN. SERVICE PUBLIC VOR PROFIT, SO DER SLOGAN DER INITIANTEN. ABER DER SCHEIN TRÜGT.



Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin und Gemeinderätin.

Mit der Forderung, den Service public auszubauen, bin auch ich einverstanden. Auch kann aus sozialdemokratischer Sicht nur unterstützt werden, dass die Löhne in staatsnahen Unternehmen reguliert werden sollen. Was im Nationalrat aber schlussendlich dazu geführt hat, dass wir Sozialdemokraten diese Initiative ganz klar ablehnen, ist der Initiativtext. Die Initiative, die sich so harmlos und vielversprechend anhört, setzt nämlich brachiale Riegel mit verheerenden Folgen.

Staatsnahe Betriebe sollen künftig auf Profite verzichten müssen, so die Forderung. Der Text der Initiative geht aber viel weiter: «Im Bereich der Grundversorgung strebt der Bund nicht nach Gewinn, verzichtet auf die Quersubventionierung anderer Verwaltungsbereiche und verfolgt keine fiskalischen Interessen.» Dieser Grundsatz soll auch für Unternehmen gelten, die im Bereich der Grundversorgung des Bundes einen gesetzlichen Auftrag haben oder vom Bund durch Mehrheitsbeteiligung direkt oder indirekt kontrolliert werden. Das ist de facto ein Gewinnverbot, was der Forderung nach einem starken Service public deutlich widerspricht.

Es entbehrt doch jeder Logik, den Service public ausbauen zu wollen, indem man die finanzielle Reichweite der dafür verantwortlichen Unternehmen beschneidet. Wenn wir gute Leistungen wollen, müssen Unternehmen ihr Angebot kontinuierlich ausbauen und verbessern können. Dafür brauchen sie entsprechende finanzielle Sicherheiten. Wenn wir die Pro Service public-Initiative

annehmen, schränken wir diese Unternehmen aber empfindlich in ihrem Handlungsspielraum ein. Der Druck auf die Angestellten wird zunehmen und die Leistungen und Arbeitsbedingungen werden nicht besser, sondern schlechter. Auch riskieren wir, dass mit der Initiative bestehende Gesamtarbeitsverträge aufgelöst werden, da staatsnahe Betriebe privatisiert würden, einer der Hauptgründe für die Ablehnung der Initiative durch die Gewerkschaften.

Die Initiative gibt ein Versprechen, das sie nicht halten kann. Sie ist aber nicht nur irreführend, sondern auch gefährlich. Die Initiative reiss ein immenses Loch in unsere Staatskassen, mit schätzungsweise über 900 Millionen pro Jahr beim Bund und auf Ebene Kantone gegen 280 Millionen jährlich an entgangenen Steuern. Diese Einbussen müssten mit neuen Sparprogrammen ausgeglichen werden. Es ist anzunehmen, dass diese insbesondere Randregionen hart treffen würden. Auch hier ein Widerspruch erster Klasse: Wer in den Service public investieren will, kann nicht eine Initiative starten, die letzten Endes die Grundversorgung gefährdet. Auch deshalb ist die Pro Service public-Initiative ganz klar abzulehnen.

Darum: Wer einen qualitativ guten, starken Service public für alle statt für wenige will, stimmt am 5. Juni NEIN.

«Die Initiative gibt ein Versprechen, das sie nicht halten kann.»

KOMMENTAR



Nicht noch mehr Geld für Autos und Beton!

Mit der sogenannten Milchkuhinitiative möchte die Autolobby mehr Geld in die Strassenkasse fliessen lassen. Damit soll die Wunschliste der Auto- und Betonförderer finanziert werden. Ihr Argument: Es hat zu viel Stau auf der Strasse. Und die Autofahrer seien die Milchkuhe der Nation, sie würden über Gebühr zu Kasse gebeten. Die Idee und die Argumente der Initianten sind verkehrswie finanzpolitisch falsch. Den umweltschädigenden Individualverkehr noch stärker zu fördern, ist Unsinn. Wer glaubt, so die Staus beseitigen zu können, hat die letzten fünfzig Jahre geschlafen: Wer Strassen baute, hat Verkehr geerntet. Der Strassenverkehr verursacht gemäss Bundesamt für Raumplanung jährlich ungedeckte Kosten in der Höhe von über 9 Milliarden Franken, der öffentliche Verkehr (ÖV) nur 700 Millionen Franken. In den letzten Jahren sahen sich ÖV-NutzerInnen mit regelmässigen Preiserhöhungen bei der Bahn konfrontiert. Die Belastungen beim Individualverkehr blieben konstant oder waren rückläufig. Wir haben damit die absurde Situation, dass die ökologischen Verkehrsmittel immer teurer werden, die umweltbelastenden Verkehrsmittel aber billiger.

Mit der Annahme der Initiative würden in der Bundeskasse zukünftig 1,5 Milliarden Franken fehlen – in einer Zeit, in der bei Bildung, Umwelt und Sozialen gespart wird, ein völliges Unding. Das Argument der Zweckgebundenheit zieht nicht. Im europäischen Vergleich haben wir schon heute eine sehr hohe Zweckgebundenheit der Strasseneinnahmen. Darum: Am 5. Juni Nein zur Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»!

Jürg Cafilisch von Baden ist SP-Grossrat und Präsident des VCS Aargau.

Leistungsabbau: Die Aargauerinnen und Aargauer müssen erwachen

Jérémie Reusser von
Waltenschwil ist
Vorstandsmitglied der
JUSO Aargau.



Im Kanton Aargau sind die Kassen leer. Über Jahre hinweg hat das Stimmvolk Steuererleichterungen für reiche Bürger_innen und Unternehmen bei Abstimmungen durchgewinkt. Trotzdem wird uns immer wieder erzählt, dass man im Aargau weiterhin ein Ausgabenproblem habe. Doch die Zahlen zeigen: Im Aargau wird vom Staat pro Kopf so wenig wie sonst in keinem Kanton ausgegeben.

Die Bevölkerung hat genug vom Abbau

In dieser Krise gibt es auch positive Signale. Es scheint, dass die Aargauerinnen und Aargauer vom Abbau genug haben. Am 8. März 2015 wurde das Gesetz zur Umsetzung der «Leistungsanalyse» an der Urne abgeschmettert. Aber auch dieses Jahr war neuer Abbau an der Reihe, jetzt unter dem Titel: «Entlastungsmassnahmen». Bis zu 154 Millionen Franken sollen

im Jahr 2018 gekürzt werden, ganze Leistungssektoren sind bedroht: Der Instrumentalunterricht wird kostenpflichtig, Klassengrößen werden «angepasst» und gar ganze Berufsschulen geschlossen. Auch das zehnte Schuljahr soll abgeschafft werden. Der Umweltschutz, die Kulturförderung sowie Sozialleistungen sind ebenfalls betroffen.

Die Millionärsteuerinitiative der JUSO

Und der Discount-Kanton-Wahnsinn geht weiter: Anfang 2016 schaffte der Grosse Rat die steuerliche Grundbuchabgabe ab: 36 Millionen weniger für die Kantonskasse – wobei wir darüber am 5. Juni noch abstimmen können (siehe Seite 10). Was können wir darüber hinaus tun?

Einen Ansatz bietet die Millionärsteuerinitiative der JUSO Aargau. Mit dieser soll die Vermögenssteuer für Vermögen von mehr als zwei Millionen Franken auf ein Prozent angehoben werden. Im Jahr würde dies geschätzt 75 Millionen Franken neu in die Kassen spülen. Kleinsparer_innen würden dabei leicht entlastet.

Leider ist der Kampf damit nicht zu Ende. Diese Initiative kann nicht alle fiskalischen Verluste wettmachen. Aber sie ist ein taugliches Mittel, um mehr Steuergerechtigkeit herzustellen. Der Unterschriftenbogen liegt dieser Ausgabe von links.ag bei. Die Sammelfrist läuft bis am 26. Juni 2016.

PAROLEN DER SP AARGAU ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 5. JUNI 2016

Bund

- Volksinitiative vom 30. Mai 2013 «Pro Service public»: **Nein**
- Volksinitiative vom 4. Oktober 2013 «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»: **Ja**
- Volksinitiative vom 10. März 2014 «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»: **Nein**
- Änderung vom 12. Dezember 2014 des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz, FMedG): **Ja**
- Änderung vom 25. September 2015 des Asylgesetzes (AsylG): **Ja**

Kanton

- Neuregelung der familienergänzenden Kinderbetreuung (Volksinitiative und Gegenvorschlag): **Ja** zum Kinderbetreuungsgesetz und **Ja** zur Initiative «Kinder und Eltern», bevorzugt: Initiative «Kinder und Eltern»
- Wegfall des Steueranteils bei den Grundbuchabgaben (Änderung EG ZGB): **Nein**

ERSATZWahl FÜR EINEN SITZ IN DER GL AM ORDENTLICHEN PARTEITAG VOM 11. JUNI 2016

Aufgaben der GL: siehe Statuten vom 8. Mai 2010 (www.sp-aargau.ch/partei). Rund 20 Sitzungen/Jahr, Engagement, Präsenz und Mitarbeit in Arbeitsgruppen oder Fachausschüssen. Entschädigung gemäss Reglement. Anforderungen:

- Lust, Zeit und sozialdemokratische Überzeugung
- Gute Kenntnisse der kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Politik
- Teamfähigkeit
- In der SP verankert und gute Kenntnisse der Werte der Sozialdemokratie
- Bereitschaft, sich länger zu verpflichten (mindestens 2 Jahre).

Bewerbungen mit Motivationsschreiben und Lebenslauf bis 12. Mai 2016, 10 Uhr, ins Parteisekretariat: SP Kanton Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau oder sekretariat@sp-aargau.ch

AGENDA

10. und 24. Mai, 14. Juni 2016, 18 Uhr
im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
**Geschäftsleitungssitzung der
SP Aargau.**

18. Mai 2016, 19.30–21 Uhr, im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
Treffen 60+ zur Initiative AHVplus.

5. Juni 2016
Abstimmungssonntag

7. Juni 2016, Rathausgarten, Aarau
Parteirat, 19.30–21 Uhr, Restaurant

11. Juni 2016
Ordentlicher Parteitag in Kölliken

18./19. Juni 2016
**Flüchtlingstage mit verschiedenen
Anlässen**
Siehe www.fluechtlingstage-aargau.ch.

19. Juni 2016
**Menschenstrom ohne Atom um
das AKW Beznau.**
Aktuelle Mitteilungen:
www.menschenstrom.ch

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43,
Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
Erscheint 8 Mal pro Jahr
Auflage links.ag 3255
Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
18. April 2016
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
30. Mai 2016
Erscheinen nächste Nummer
17. Juni 2016

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Pascale Bruderer Wyss, Elisabeth Burgener Brogli, Jürg Cafilisch, Max Chopard-Acklin, Dieter Egli, Kurt Emmenegger, Yvonne Feri, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Jérémie Reusser, Kathrin Scholl, Oswald Sigg, Gabriela Suter, Andy Vogt, Cédric Wermuth, David Zehnder (Foto S. 9).